

Sächsischer Staatsanzeiger

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2496.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 M., unter Umgehung 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 260

Dienstag, 8. November

1921

Flaggen der öffentlichen Gebäude am 9. November.

Ministerpräsident Baur hat, wie wir hören, angeordnet, daß am 9. November, zum dritten Geburtstage der deutschen Republik, die Regierungsgebäude in den Reichsfarben geflaggt werden.

Oberschlesien.

Berlin, 6. November. In der gestrigen außerordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde nachstehende Resolution über Oberschlesien angenommen: „Die deutsche Industrie spricht einmütig ihre Enttäuschung über die Nichterfüllung der Industriegebiete vom Deutschen Reich aus. Dieser Gewaltakt, heuchlerisch verhängt durch einen Schein des Rechts, unterschlägt das Abkommensergebnis, schafft eine unnatürliche und unhaltbare Grenze mitten durch das wirtschaftlich und politisch einheitliche Industriegebiet und fügt dem deutschen Wirtschaftsleben einen Schaden zu, der für Europa wirtschaftlich und politisch von den verhängnisvollsten Folgen sein muß. Eine solche Entscheidung kann vom deutschen Volke niemals als endgültig hingenommen werden.“

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, haben die Vorverhandlungen zwischen Polen und Deutschland in der ober-schlesischen Angelegenheit bereits begonnen. Die Hauptverhandlungen werden im Laufe der nächsten Woche ihren Anfang nehmen. Von unterrichteter Seite wird unserem Berliner Vertreter mitgeteilt, daß es sich nach der bisherigen Prüfung der Vorschläge des Völkerbundes für die deutschen Sachmänner als ganz unmöglich herausgestellt hat, die deutsche Marktwährung in dem Polen zugesprochenen Gebiete Oberschlesiens gelten zu lassen. Zunächst scheint es festzustellen, daß eine große Umwandlung deutscher Industrieller aus dem sogenannten Neupolen stattfinden wird, dann aber entstehen durch die Marktwährung in Neupolen außerordentliche Berechnungsschwierigkeiten, und Deutschland verliert ganz die Kontrolle über die deutsche Mark. Außerdem aber ist bedenklich das Loch im Ofen, das sich nicht nur durch die Marktwährung öffnet, sondern das auch durch den Übergangsvorgang vom deutschen zum polnischen Oberschlesien entsteht. Deutscherseits werden die nötigen Unterlagen geschaffen, um den deutschen Standpunkt in dieser Frage nicht nur bei den Verhandlungen mit Polen, sondern auch dem Obersten Rate gegenüber darzutun.

Regierungsumbildung in Württemberg.

Stuttgart, 7. November. Die Regierungsumbildung in Württemberg ist durch den Eintritt der Sozialdemokraten in das Kabinett erreicht. Der württembergische Staatsanzeiger wird heute den Austritt des Arbeits- und Ernährungsministers Schall und die Übernahme dieses Ministeriums durch den Reichs- und Landtagsabgeordneten Fell veröffentlichen.

Scheidemann über die Lage.

Kassel, 7. November. In einer Rede, die der Oberbürgermeister Scheidemann gestern in Kassel gehalten hat, schilderte er die sich in kurzen Zeiträumen immer wiederholenden Um- und Neubildungen der Regierungen. Der häufige Regierungswechsel sei lediglich ein Symptom der schweren Krankheit unseres Volkes. Wir lebten immer noch im Fieber. Ein solcher Zustand könne nicht ewig dauern. Bei einem fieberkranken Menschen sei es dem Arzt bekannt, wann spätestens die Entscheidung fallen müsse. Wann aber falle die Entscheidung für unser Volk? Das wisse kein Arzt und kein Politiker. Gehe es weiter hinunter, österreichischen oder russischen Verhältnissen zu, oder gehe es allmählich wieder hinauf? Wenn die Saluta als Barometer angesehen werden könnte, so ginge es todlicher hinab in den Strauß, aber die Saluta orientierte nur sehr einseitig. Der amerikanische Dollar gelte bei uns heute rund 250 M. gegen rund 4,25 M. im Frieden; unsere deutsche Mark aber gelte in Amerika nicht mehr wie zwei Pfennige gegen hundert vor dem Kriege. Trotzdem aber habe Amerika sechs Millionen Arbeitslose, wir im Reich nicht

Die neue Regierung in Preußen.

Nachdem noch während des ganzen vergangenen Sonnabends in und zwischen den Fraktionen des preussischen Landtags über die Zusammensetzung des neuen preussischen Kabinetts verhandelt worden war, erfolgte am Abend die Einigung dergestalt, daß der mehrheitssozialistische preussische Landtagsabgeordnete Otto Braun zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen wurde. Die Plenarsitzung des Landtags wählte dann auch, nachdem die fraktionellen und interfraktionellen Besprechungen abgeschlossen worden waren, Otto Braun mit 197 von 338 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten.

Dem neuen Kabinett werden weiter angehören: für Inneres: Severing (Soz.), für Handel: Siering (Soz.), für Kultus: Dr. Voelke (Dtsch. Sp.), für Finanzen: Dr. v. Richter (Dtsch. Sp.), für Landwirtschaft: Dr. Wendorff (Dem.), für Justiz: Dr. Am Rehnhoff (B.), für Volkswirtschaft: Ein Mitglied des Zentrums.

Die Meldung von Wolffs Telegraphischem Bureau nennt als Kandidaten für das zukünftige Ministerium den bisherigen Ministerpräsidenten Stegert, der die Annahme dieses Amtes bisher aber noch nicht erklärt habe. Von anderer Seite werden für das Ministerium für Volkswirtschaft der Landtagsabgeordnete Prof. Lauscher oder der Landtagsabgeordnete Bronowski genannt, die jedoch zunächst beide wenig Neigung zeigen, das Amt zu übernehmen. Für das Ministerium des Handels ist der Deutschen Volkspartei das Amt eines Staatssekretärs zugesichert worden.

Otto Braun, der neue Ministerpräsident, hat schon einmal an der Spitze des preussischen Staatsministeriums gestanden. Das war unmittelbar nach dem Kapp-Putsch, als die Minister Dörsch, Heine und Siedelmann von ihrem Amte zurücktraten. Er ist damals etwa ein Jahr lang, vom März vorigen Jahres bis zum April dieses Jahres, preussischer Ministerpräsident gewesen. Vorher, und zwar seit dem 12. November 1918, verwaltete er das preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, dessen Leitung er auch nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten beibehielt. Er gehört der linkserechten Richtung in seiner Fraktion an.

Der neue Minister des Inneren, Severing, hat dieses Amt schon einmal, und zwar vom 20. März 1920 bis zum 21. April 1921, bekleidet. Er hat in dieser Tätigkeit große Energie und klare Einsicht in die Notwendigkeiten unserer schweren Zeit bewiesen.

Neu in das Ministerium tritt der zum Handelsminister ernannte bisherige Landtagsabgeordnete Siering ein; er hat zu dem Ministerium für Handel und Gewerbe bisher die äußere Beziehung gehabt, daß er einer der Beiräte war, die im April 1921 abgeschafft wurden. Siering steht im 47. Lebensjahre, stammt aus Berlin, wohnet sich sehr der sozialdemokratischen Partei, wurde 1904 Gewerkschaftsangehöriger und ist seit Anfang 1919 Geschäftsführer des paritätischen Arbeitsnachweises für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Als Minister neu sind weiterhin die Vertreter der Deutschen Volkspartei Dr. Voelke und Dr. v. Richter. Voelke ist Gymnasialdirektor in Soest in Westfalen und war als Oberlehrer und Schuldirektor früher im Ausland (Brüssel und Barcelona) tätig. Dr. h. e. v. Richter ist geborener Berliner. Er hat das Werderische und Luisenstädtische Gymnasium besucht und stieg im preussischen Verwaltungsdienst auf, bis er 1905 an die Spitze des Sachsen-Rodburg-Gothaischen Staatsministeriums berufen wurde. Im Mai 1917

200000. Er sei sehr besorgt um die Zukunft Deutschlands, sehr aber durchaus nicht hoffnungslos an. Er rechne auf die unserer Volks innwohnende Lebenskraft und den festen Willen, sie bis zum Äußersten anzustrengen. Was 1919 alle gesagt haben, halte er auch heute noch für richtig: das Versailles Diktat reißlos zu erfüllen, sei eine glatte Unmöglichkeit. Wir müßten und wollten tun, was wir könnten in der bestimmten Erwartung, daß in nicht zu fernher Zeit auch die Verbändmächte zu der Erkenntnis von

wurde er Oberpräsident der Provinz Hannover. In diesem Amte verblieb er bis September 1920, um Rastke Pflanz zu machen.

Die Demokraten stellen im neuen Kabinett nur einen Mann, den Abg. Dr. Hugo Wendorff, der als theoretischer und praktischer Landwirt und ehemaliger Ministerpräsident von Westenburg-Schwerin alle Voraussetzungen für die Verwaltung des Landwirtschaftsministeriums erfüllen dürfte.

Der neue Justizminister Dr. Am Rehnhoff verwaltete bereits im zurückgetretenen Ministerium dieses Amt.

Das neue Ministerium wird sich am 10. November dem preussischen Landtage vorstellen und sein Programm entwickeln.

Es ist von Interesse, die Grundzüge kennen zu lernen, die unter dem Gesichtswinkel der sogenannten großen Koalition für die nunmehr vollzogene Regierungsbildung in Preußen maßgebend gewesen sind. Es sind nach einer Zusammenfassung des „Vorwärts“ die folgenden gewesen:

1. Zur Sicherung der Staatsordnung genügt nicht das selbstverständliche, rein formale Bekenntnis der Beamtenschaft zur Beachtung der Verfassung. Die Beamten sind vielmehr unbeschadet der Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung im übrigen verpflichtet, die Verfassung gegen jedermann mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen und aktiv für die Autorität des gegenwärtigen Freistaates und der verfassungsmäßigen Regierung einzutreten. Ihre Zuverlässigkeit in dieser Hinsicht ist eine der Voraussetzungen für die Beachtung der Ämter, bei der auf die persönlichen Eigenschaften, sowie die fachliche Tüchtigkeit und Erfahrung der Kandidaten in erster Linie Gewicht zu legen ist. Für die Schulpflicht in Preußen gelten die vorstehenden Grundzüge, entsprechend den besonderen Verhältnissen dieser Ämter.

2. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes.

3. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Staat und Gemeinden unter Wahrung der Staatsnotwendigkeiten.

4. Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung.

5. Förderung einer durchgreifenden Justizreform.

6. Eine größere Selbständigkeit der preussischen Finanzen ist anzustreben. Für Staat und Gemeinde sind möglichst eigene ausreichende Einnahmemeinzelnen zu erschließen. Hierbei ist der Befehl nach Maßgabe der von der Reichsregierung befallenen Verbesserungsmöglichkeit in vollem Umfange seiner Leistungsfähigkeit herauszuziehen.

7. Absplitterungsbestrebungen von Preußen sind nicht zu unterstützen.

Auf eine Anfrage der Sozialdemokraten erklärte die Deutsche Volkspartei, daß etwaige Absichten, die Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften umzuwandeln und diese Aktien in den Börsenverkehr zu bringen, nicht vorhanden sind.

Endlich seien noch einige Zeitungshinweise zur Bildung der neuen Regierung wiedergegeben. Die „Germania“ hebt hervor, daß alle Führer der Krise von der Tatsache überstrahlt würden, daß die große staatspolitische Einsicht über die parteipolitischen Interessen einmal den Sieg davongetragen habe. Das „Berliner Tageblatt“ begrüßt das endliche Zustandekommen der großen Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie. Zweifellos werde sich nach diesem Vorbild auch im Reich eine gleichartige Koalition herausbilden müssen, um jene Stabilität und Homogenität zu schaffen, welche allein eine Politik auf lange Sicht ermögliche. Der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß durch die überraschende Lösung der preussischen Krise die in der Deutschen Volkspartei vorhandene Spaltung offenbar geworden sei.

der Unfähigkeit des Diktats kommen und in eine gründliche Revision willigen. Wer andere Vorschläge machen könne, solle sie uns nicht vorenthalten, verschonen aber möge man das deutsche Volk mit den deutschnationalen Redensarten, die verheißt durchdringen liegen, als gebe es itaend ein geheimnisvolles Mittel, das uns retten könne ohne verheißene Vertragserfüllung. Ein Wunder sei es geradezu, daß sich immer noch Männer fänden zu solcher Schwärzerei.

Zum sächsischen Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921.

Von Ministerialdirektor Dr. Hedrich.

Spät, sehr spät wird dieses Mal der Entwurf zum Staatshaushaltsplan auf das laufende Rechnungsjahr dem Landtage vorgelegt. Erst in diesen Tagen gelangt er, vom Gesamtministerium genehmigt, in die Hände der Abgeordneten, nachdem das Rechnungsjahr 1921 bereits über die Hälfte verfloßen ist. Die Schuld an dieser Verspätung trifft nicht die Regierung. Stärker als sie war die Macht der Tatsachen: die durch den ungehemmten Lauf der Gesetzgebungsmaschine in freiem Flusse gehaltene Abänderung der dem Etat zugrunde liegenden Reichsverhältnisse, die heute umfängt, was gestern noch galt — man braucht nur an die erst in diesem Sommer zum Gesetz gewordene und an die jetzt bereits wieder bevorstehende Abänderung der Besoldungsordnung zu denken —, veranlaßte die Regierung, mit der Einbringung des Staatshaushaltsentwurfs sich bis heute zumarten zu verhalten, um in diesen die neuesten Ergebnisse der Gesetzgebung einzuarbeiten, wenn anders sie nicht dem Landtag in dem Etat ein den Verhältnissen zur Zeit seiner Einbringung längst nicht mehr entsprechendes Bild vorlegen wollte. Solange unsere Wirtschaftsverhältnisse, vor allem die Verhältnisse auf dem Geldmarkt, sich in so auf- und niedersteigender Bewegung wie heute zu Tage befinden, wird überhaupt jeder Etat, mag die Regierung mit feiner Vorsicht den günstigsten Zeitpunkt abpassen, in dem die Gesetzgebung — etwa mit Landtagschluß — vielleicht zu einer gewissen Atempause gelangt ist, im Moment der Einbringung beim Landtage mehr oder weniger durch die Zeitverhältnisse bereits überholt sein; denn zwischen der Aufstellung der einzelnen Etatunterlagen bis zur Trudlegung des gesamten Finanzwertes vergeht auch bei der größtmöglichen Anspannung aller daran arbeitenden Kräfte immerhin so viel Zeit, daß die angeforderten Beiträge infolge der inzwischen fortgeschrittenen Geldbewertung zum Teil schon im Zeitpunkt der Einbringung des Etats, jedenfalls aber zur Zeit der Bewilligung der Summen durch den Landtag, schon längst nicht mehr zulangen und notgedrungen überschritten werden müssen. Das gilt auch von dem vorliegenden Etatentwurf für 1921. Deshalb muß eine vorsichtige Finanzverwaltung das Finanzwert gewissermaßen beweglich, dehnbar gestalten, indem sie in einem Sammelittel vorzuziehlich eine größere Summe einstellt, mit welcher der fortschreitenden Geldbewertung Rechnung getragen und die bis zur Bewilligung der Summen noch eintretende Steigerung der oder jener Ausgaben gedeckt werden kann. Beweis dieser unerwünschten Zustand mit effektiver Decksung, wie notwendig es war, auch in Sachsen zu kürzeren Finanzperioden abzugeben — wie völlig unbedenklich und unzulänglich würden heutzutage die Ziffern im zweiten Etatjahre eines zweijährigen Staatshaushaltsentwurfs sein! — so führt die wiederholte Auseinanderfolge der Haupttitel, der Ergänzung- und Nachtragsetats und der einzelnen Etatvorlagen, alle ineinander übergreifend, zu der ebenso unerfreulichen Folge, daß Regierung wie Landtag mit der Bearbeitung und der Beratung der Etatvorlagen eigentlich ununterbrochen beschäftigt sind und die Übersicht über das ganze Etatwesen sich immer schwieriger gestaltet. Um wenigstens diesen mangelhaften Zuständen in dem einen Punkt ein Ende zu bereiten, daß der Etatentwurf durch sein zu spätes Erscheinen dem Rechnungsjahre gewissermaßen nachhinkt, soll diesmal gemäß einer Vereinbarung zwischen Regierung und Landtag der Etatentwurf für das Rechnungsjahr 1922 in wesentlich vereinfachter Form gleichzeitig mit dem Etatentwurf auf 1921 erscheinen, sodas beide vom Landtage gleichzeitig beraten werden können, und der Etatentwurf für 1922 so, wie es die Verfassungsdarlebe vordreibt, vor dem Beginne des Rechnungsjahres 1922, also rechtzeitig, verabschiedet werden kann. An den soeben geschilderten ungesunden Verhältnissen krank übrigens nicht nur unser Land allein, die gleichen unheilvollen Verhältnisse zeigen sich auch in den anderen Staaten. Es braucht nur auf das Reich und z. B. auf Bayern hingewiesen zu werden, wo ebenfalls der Etatentwurf für 1921 erst jetzt dem Landtage vorgelegt worden ist.